

i.punkt Landtag

Informationen des Landtagsabgeordneten Andreas Stoch aus Landtag und Wahlkreis

Ausgabe 2/2020

29. Mai 2020



Liebe Leserinnen und Leser,

als ich vor gut zwei Monaten meinen letzten „i.punkt“ herausgegeben habe, war die Corona-Krise in Deutschland auf dem Höhepunkt. Wir befanden uns alle im Lockdown. Keiner wusste, wie stark die Krise unser Land treffen würde und ob wir in der Lage sein würden, sie zu meistern. Inzwischen gehen die Zahlen der Neuinfektionen merklich zurück. Immer mehr Menschen genesen. Die Politik hat gut gehandelt – auch wenn einige Gruppierungen das im Nachhinein anders sehen. Unser Gesundheitswesen und die Versorgungsinfrastruktur haben Mächtiges geleistet. Allen Menschen, die ihren Teil zur Bewältigung der Krise beigetragen haben und immer noch beitragen, gilt mein herzlichster Dank. Doch haben wir auch viele Tote und Schwersterkrankte zu beklagen. Viele Wirtschaftszweige sind in starke Mitleidenschaft gezogen worden. Vielen Firmen droht der Ruin, viele Menschen stehen am Rand ihrer Existenz. Auch hier haben Land und Bund schnell gehandelt und Soforthilfen für die schlimmsten Härten geboten. Doch das allein wird nicht reichen.

Wir müssen jetzt schrittweise wieder zurückfinden in unseren Alltag. Dafür braucht es aber konkrete Konzepte, wie wir eine vernünftige und weitestgehend gesundheitsverträgliche Öffnung unseres Lebens gestalten können. Und hier vermisse ich ein Regierungshandeln, das diesen Namen auch verdient. Stattdessen werden Öffnungen angekündigt und damit große Erwartungen geweckt. Meist kommen diese Ankündigungen extrem kurzfristig und ohne jeden rechtlichen Rahmen. Es mangelt eklatant an Kommunikation. Statt im Vorfeld mit den Betroffenen und Experten zu reden, wie eine stufenweise Öffnung im jeweiligen Bereich am vernünftigsten zu

bewerkstelligen sei, richtet die Landesregierung ein Regelungschaos an - egal ob bei Schulen, Kitas, Hotels und Gaststätten und vielen anderen Bereichen – und lässt die Betroffenen im Regen stehen. Und das liegt nicht zuletzt auch daran, dass nicht nur mit den Betroffenen keine Kommunikation stattfindet, sondern dass generell kaum Kommunikation stattfindet, weder zwischen den Koalitionspartnern noch mit dem Parlament. Die Uneinigkeit zwischen Grünen und CDU bricht auch bei den Lockerungsregeln immer stärker hervor. Der Wahlkampf hat begonnen. Die Minister versuchen sich und ihre Parteien zu etablieren, allen voran CDU-Spitzenkandidatin Eisenmann. Die Leitung des Kultusministeriums betrachtet sie offensichtlich nur noch als Zweitjob.

Wir können als Politik den Virus nicht einfach verschwinden lassen. Aber wir können und müssen den Menschen Orientierung geben, damit zu leben. „Auf Sicht zu fahren“, wie es der Ministerpräsident vorschlägt, ist zu wenig! Die Menschen und auch die Wirtschaft brauchen jetzt endlich Perspektiven und Planungsmöglichkeiten. Das geht nur mit klaren und verlässlichen Regeln und nicht mit einem Flickenteppich an wenig durchdachten und schwammigen Maßnahmen. Denn die Einsicht und die Akzeptanz der Maßnahmen durch die Bevölkerung basieren auf deren Sinnhaftigkeit und Wirksamkeit. Gelingt uns das nicht, öffnen wir weiter Tür und Tor für den lautstarken Protest von Populisten und Verschwörungstheoretikern und leider auch von verzweifelten Bürgerinnen und Bürgern. Wir müssen unsere Entscheidungen begründen und erklären. Es darf nicht länger eine sture Verordnungspolitik von oben geben, die per Pressemitteilungen kommuniziert wird. Deswegen brauchen wir wieder einen offenen Diskurs in der Politik - mit den Kommunen, Verbänden, Wirtschafts- und Arbeitnehmervertretern und endlich wieder eine stärkere Einbeziehung des Parlaments.

Ich wünsche Euch ein schönes Pfingstfest, ein paar gute erholsame Feiertage und natürlich auch heute wieder eine interessante Lektüre.

Euer Andreas Stoch

Solidarität mit Corona-Helden!

Für die 119. Sitzung am 7. Mai beantragte die SPD-Fraktion eine Aktuelle Debatte unter dem Titel „Solidarität mit Corona-Heldinnen und Helden – auch nach der Krise!“

In meiner Rede forderte ich, dass die derzeitige Solidarität auch nach der Krise aufgerufen werden müsse. Seit Wochen halten die Menschen in systemrelevanten Berufen unser Land am Laufen. Was sie leisten ist uns bekannt und dafür danken wir ihnen mit Applaus. Aber von Applaus allein lebt niemand. Meist stehen diese Menschen am unteren Ende der Einkommenskala und müssen hart für ihr Geld arbeiten. Die Corona-Krise legt die Mängel gerade in diesen Berufen frei. Im Gesundheitswesen haben die Beschäftigten schon vorher am Limit und darüber hinaus gearbeitet. Eine einmalige Sonderzahlung von ein paar hundert Euro für bestimmte Bereiche ist schön und wichtig als Anerkennung, aber das reicht nicht. Die Landesregierung muss dafür eintreten, dass sich die Finanzierung unseres Gesundheitswesens nicht mehr an möglichst niedrigen Kosten, sondern an einer möglichst guten Versorgung orientiert. Dabei hat sie die Unterstützung der SPD.

Die Politik muss Konsequenzen aus der Krise ziehen und die richtigen Weichen stellen, um die Schere zwischen gesellschaftlicher Anerkennung und Bezahlung, zwischen Lob und Lohn, zu schließen. Die Frage ist, ob wir aus der Krise etwas lernen wollen. Viele systemrelevante Berufe sind im Niedriglohnsektor angesiedelt. Seit den späten 90er Jahren haben wir eine regelrechte Tariffucht erlebt. Die Löhne sanken und die Arbeitsbedingungen wurden immer schlechter. Der Staat hat zugeschaut. Daraus müssen wir lernen: Der Staat muss mehr handeln als in den vergangenen Jahrzehnten und diese Fehlentwicklungen nachhaltig korrigieren.

Es ist nur fair, wenn staatliche Hilfen, die auch von privaten Unternehmen massiv eingefordert werden, an Mindeststandards für die Beschäftigten geknüpft werden, zum Beispiel an Tariftreue und ausreichend Arbeitnehmervertretung. Die Hilfe der Gemeinschaft muss damit einhergehen, dass auch die Arbeitgeber zur gesellschaftlichen Solidarität stehen. Über die wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Krise werden wir noch lange reden müssen. Sorgen wir dafür, dass wir jetzt die richtigen Ziele setzen. Kein Zurück in die Zeit davor, sondern ein Voran zu besseren Zuständen! Sorgen wir dafür, dass die Staatshilfen nicht nur den Bilanzen, sondern auch den Beschäftigten helfen. Sorgen wir dafür, dass die Heldinnen und Helden dauerhaft die Anerkennung erhalten, die ihnen gebührt. Wir haben es in der Hand.

Chaos bei Kita-Wiederöffnung

In einer von der SPD beantragten Aktuellen Debatte in der 120. Sitzung am 20. Mai rechnet der Fraktionssprecher für frühkindliche Bildung, Daniel Born, mit der Politik von Kultusministerin Eisenmann ab.

Born verweist darauf, dass es überall im Land ein wachsendes und vollkommen nachvollziehbares Bedürfnis nach der Ausweitung der Kita-Betreuung mit dem Ziel nach einer raschen Wiederherstellung des Regelbetriebs gibt. Es ist das gute Recht der Kinder, ihre Freunde zu treffen, ihre Erzieherinnen wiederzusehen und ihre Bildungseinrichtungen zu besuchen. Für einzelne Kinder ist es sogar dramatisch, dass sie aus dem Blickfeld der Einrichtungen geraten. Auch die Eltern sehnen händeringend die Kita-Öffnung herbei. Dieser Bereich, der den Kindern gehört, kann nicht der letzte bei den Öffnungen sein. Er muss die familienpolitische Agenda bestimmen. Ein handlungsfähiger, verantwortungsvoller Staat müsste hier rasch alles tun, um eine Rückkehr zum vollen Regelbetrieb zu ermöglichen. Denn ein auf 50 Prozent beschränkter Betrieb heißt, dass die Hälfte der Kinder weiterhin zuhause bleiben muss. Was sollen die Kinder empfinden, wenn sie sehen, dass Cafés und Läden wieder öffnen, die Bundesliga wieder spielt, aber ihre Kita weiterhin zu ist und sie nicht rein dürfen?

Es ist Besorgnis erregend, wie die zuständige Ministerin ihre Verantwortung hier ausübt. Ihre selbst wahrgenommene Verantwortlichkeit beim Thema Kita-Öffnung hat sich in den letzten drei Wochen rapide verändert. Am 6. Mai hat sie noch von „unserem Plan“ gesprochen, der den Trägern „Spielräume“ lasse. Am 14. Mai hieß es dann, sie gebe nur noch den rechtlichen Rahmen vor. Für die Umsetzung und Konzepte seien die Kommunen, Träger und Einrichtungen selbst verantwortlich. Spätestens da hätte auffallen müssen, dass es noch gar keinen gesetzlichen Rahmen gibt.

In dieser Krise ist Führung gefragt. Ein „konstruktives Begleiten“ genügt nicht. Mit der Öffnungskündigung hat die Landesregierung Erwartungen bei den Familien geweckt, die nicht erfüllt wurden. In dem Moment, als wir in die Kitaschließung gingen, war klar, dass der Tag X kommen würde, an dem die Kitas wieder stufenweise öffnen werden. Von Anfang an hätten Gespräche mit Kitas, Eltern und Trägern geführt werden können, um entsprechende Pläne aufzulegen. Stattdessen macht Frau Eisenmann Politik per Pressemitteilung und kümmert sich um alle anderen Themen. Am Schluss zahlen die Kinder, die nicht in die Kita können, den Preis dafür.

Gebührenfreie Kitas – Jetzt erst recht!

Die Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs am 18. Mai haben wir mit Bedauern zur Kenntnis genommen. Dies ist uns aber auch ein klarer politischer Ansporn. Jetzt erst recht! Die Bündnispartner werden nun in engem Schulterschluss den gesellschaftspolitischen Druck für unser inhaltliches Ziel der Gebührenfreiheit weiter erhöhen. Dieses Rechtsurteil ist kein Endpunkt, sondern es ist der Startschuss für einen familien- und bildungspolitischen Aufbruch.



Foto: SPD Baden-Württemberg

Angesichts der einschneidenden Auswirkungen der Corona-Krise gilt es mehr denn je, die Familien zu entlasten. Wir brauchen einen neuen Schutzschirm für Familien – jetzt und über die Krise hinaus. Die Landesregierung muss endlich umdenken! Wenn bei einer so wichtigen Entscheidung ein Volksbegehren nicht möglich ist, dann stimmt etwas nicht. Aber die rechtliche Beurteilung dieses Volksbegehrens ist das eine, der gesellschaftliche Wille und die Entlastung der Familien sind das andere. Wir stehen da fest zusammen.

Mittlerweile haben sich 15 Organisationen aus Gewerkschaften, Sozialverbänden und Parteien im Land zusammengefunden, um sich neben dem Ausbau der Kita-Plätze und der notwendigen Qualitätsentwicklung auch für Gebührenfreiheit in der frühkindlichen Bildung stark zu machen. Neben der SPD als Initiatorin sind dies der DGB, verdi, die GEW, die IG Metall, pro Familia, der Kinderschutzbund, der Landesverband Kindertagespflege, der Verband alleinerziehender Mütter und Väter, die AWO, der ASB, die Naturfreunde, DIE LINKE, die Piratenpartei und die SGK. Auch in vielen Städten und Gemeinden haben sich inzwischen lokale Zusammenschlüsse gegründet, um unser gemeinsames Ziel voranzutreiben.

Meine neue Homepage mit Blog



Einige von Euch haben sicher schon meine neue Homepage entdeckt. Wer dies noch getan nicht hat, den möchte ich gerne dazu einladen, mir darauf zu folgen. Neben einem neuen, bunteren Lay-out sowie vielen Eindrücken aus meiner politischen Arbeit im Wahlkreis, als Landes- und Fraktionsvorsitzender erwarten Euch jetzt auch meine persönlichen Blogs zu aktuell brisanten Themen und Fotostrecken zu meiner „Stoch packt's an“-Aktion, durch die ich inzwischen schon weit im Ländle und in vielen verschiedenen Berufsfeldern herumgekommen bin. Es gibt auch einige lustige Schnappschüsse aus meiner Kindheit und Jugend und meiner Vita zu entdecken...



Schaut doch einfach mal rein: <https://www.andreas-stoch.de/>

Impressum:

Wahlkreisbüro Andreas Stoch MdL
Redaktion: Danjela Folberth
Bergstraße 8 | 89518 Heidenheim
Tel.: 07321/ 4 00 80
E-Mail: wahlkreisbuero@andreas-stoch.de
Internet: www.andreas-stoch.de